



NIEDERSÄCHSISCHER LANDTAG

Christian Dürr

Mitglied des Landtages
Umweltpolitischer Sprecher
der FDP-Landtagsfraktion

Wahlkreisbüro

Brookdamm 40
27777 Ganderkesee
Tel.: (04222) 400 0850
Fax: (04222) 400 0860

Landtagsbüro

Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1
30159 Hannover
Tel.: (0511) 3030-3405
Fax: (0511) 3030-99-3405

Internet

www.christian-duerr.de
christian.duerr@lt.niedersachsen.de

Rede zum Antrag:

**Nach dem Hartz IV-Urteil: Von Westerwelle nicht provozieren lassen -
Regelsätze nach oben korrigieren - Kinderarmut beseitigen -
Menschenwürde wiederherstellen!
Fraktion DIE LINKE**

62. Sitzung des Niedersächsischen Landtags am 17. Februar 2010

Christian Dürr (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Herr Watermann, ich will direkt bei dem Thema „Redlichkeit“ anfangen. Richtig ist, dass mit Ausnahme der Linken alle Fraktionen in diesem Hause und im Deutschen Bundestag die Zusammenlegung der Arbeitslosenhilfe und der Sozialhilfe als richtigen Schritt bezeichnet haben. Das ist ausdrücklich richtig. In der Tat haben wir im Bundesratsverfahren konstruktiv an dieser Sache mitgewirkt.

Frau Kollegin Helmhold, es wundert mich schon ein wenig, dass gerade die Grünen auf einmal nichts mehr von der Verantwortung wissen wollen, die sie damals im Deutschen Bundestag getragen haben, und zwar sowohl von der Verantwortung für die Gesetzgebung in der Sache als auch von der Verantwortung in den Ministerien.

(Ursula Helmhold [GRÜNE]: Das habe ich nicht gesagt! Quatsch!)

Seit Monaten und Jahren klingt es hier im Niedersächsischen Landtag so, als seien die Grünen bei der ganzen Sache nie dabei gewesen, meine Damen und Herren.

(Ursula Helmhold [GRÜNE]: Haben Sie meine Rede nicht gehört?)

Das muss der Öffentlichkeit auch gesagt werden.

(Beifall bei der FDP)

Weil Herr Jüttner und Herr Watermann hier etwas zum Thema Hartz-IV-Aufstocker gesagt haben, möchte ich auch noch kurz darauf eingehen. Wie müssen sich Ihre Worte eigentlich für diejenigen anhören, die sich trotz notwendiger Unterstützung durch den Staat jeden Tag aufrufen und einer Arbeit nachgehen, meine Damen und Herren? Jetzt in dieser Situation auf die Hartz-IV-Aufstocker einzuhauen, ist ausdrücklich - - -

(Zuruf von den GRÜNEN: Was? - Ursula Helmhold [GRÜNE]: Jetzt ist aber Schluss! -
Kreszentia Flauger [LINKE]: Das ist doch nicht wahr!)

- Entschuldigung, genau das ist doch Ihr Ansatz gewesen, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Wie muss es sich für die Hartz-IV-Aufstocker anhören, wenn jetzt gesagt wird, sie seien an dieser Stelle die eigentlichen Dummen der Nation?

(Ursula Helmhold [GRÜNE]: Hier muss ja alles auf Grundeis gehen!)

Das ist falsch. Richtig ist - um das deutlich zu sagen -: Wenn jemand von Hartz IV lebt und alles dafür tut, aus dieser Situation herauszukommen, dann hat er die volle Solidarität der Gesellschaft verdient.

(Beifall bei der FDP - Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN)

- Herr Will, ich gehe gerne auf Ihren Zwischenruf ein. Als Gesellschafter eines mittelständischen Einzelhandelsunternehmens will ich Ihnen einmal Folgendes sagen: Gerade auch die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im deutschen Einzelhandel, die sicherlich nicht mit hohen Löhnen gesegnet sind, aber viele Stunden arbeiten, und zwar auch am Wochenende, sind die Mitte der Gesellschaft, um die es auch Guido Westerwelle in der Debatte gegangen ist.

(Ursula Helmhold [GRÜNE]: Denen wollen Sie alle Zuschläge wegnehmen! - Kreszentia Flauger [LINKE]: Die sollten anständige Löhne bekommen! - Weitere Zurufe)

Sie haben die Unterstützung verdient. Sie zahlen Steuern. Sie zahlen die Sozialabgaben in diesem Land. Wir werden sie weiterhin auch als unsere Klientel in Deutschland ansehen - um das klar zu sagen.

(Beifall bei der FDP - Ursula Helmhold [GRÜNE]: Aber nur die, die Erst- und Zweitstimmen nicht unterscheiden können! - Weitere Zurufe - Unruhe)

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

Meine Damen und Herren, es ist schwierig, das Ganze nachzuvollziehen, weil die Zwischenrufe so vielfältig sind, dass man den Redner gar nicht mehr hört.

(Dr. Gabriele Andretta [SPD]: Das liegt aber an der „Qualität“ des Redners! - Zustimmung bei der SPD)

Ich bitte Sie, Herrn Dürr jetzt reden zu lassen. Wenn Sie dann noch Redezeit haben, können Sie sich gerne zu Wort melden.

Herr Dürr, bitte!

Christian Dürr (FDP):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Ich meine aber, dass dieses Urteil, wie einige Vorredner bereits gesagt haben, ausdrücklich auch Chancen bietet, beispielsweise beim Thema „Hartz-IV-Sätze für Kinder“. Auch Herr Kollege Thiele hat hier schon zu Recht darauf hingewiesen, dass insbesondere das Thema Bildung wieder eine größere Rolle spielen muss. Das Bundesverfassungsgericht hat uns ebenfalls ins Stammbuch geschrieben, dass es das Ziel sein muss, durch mehr Bildung die Hartz-IV-Kette, die es leider in einigen Familien in Deutschland gibt, zu durchbrechen.

Ich will für die FDP deutlich sagen, dass wir gerade im Bildungsbereich überlegen müssen, ob wir mehr zu Gutscheinsystemen kommen und auch dem Sachleistungsprinzip mehr Geltung verschaffen wollen. Das würde die Hartz-IV-Kette, die wir in Deutschland leider vielfach sehen - ich habe vorhin an dieser Stelle über Berlin berichtet -, endlich durchbrechen. Gerade die Kinder, die in Deutschland aufgrund problematischer Einkommensverhältnisse ihrer Eltern in schwierigen Bedingungen leben,

(Kreszentia Flauger [LINKE]: Die selektieren Sie mit Ihrem Schulsystem!)

haben die Solidarität dieser Gesellschaft verdient, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP)

Ich möchte zum Schluss - dies wird ja von den Grünen, den Linken und der SPD seit einigen Jahren als Allheilmittel ausgerufen - noch etwas zum Thema Mindestlohn sagen. Ich stelle mir schon die Frage, was es dem Hartz-IV-Empfänger bringen soll, wenn er zwar auf dem Papier einen Anspruch auf den gesetzlichen Mindestlohn hat, aber in Wahrheit diese Arbeitsplätze in Deutschland nicht mehr angeboten werden, meine Damen und Herren. Das hat nichts mit sozialer Gerechtigkeit zu tun.

(Zuruf von Ursula Helmhold [GRÜNE])

Deswegen ist es ein absoluter Irrglaube, Frau Helmhold, zu sagen, dass alle Probleme mit der Arbeitslosigkeit in Deutschland durch Mindestlöhne gelöst werden könnten. Das ist ausdrücklich nicht der Fall. Mindestlöhne werden am Ende Arbeitsplätze kosten, und es werden mehr Menschen in Hartz IV verbleiben müssen. Das dürfen wir diesen Menschen nicht antun!

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Quelle: Stenographischer Bericht der 62. Sitzung des Niedersächsischen Landtags.